

Auszug aus https://www.kpoeplus-sbg.at/programm_2024 und <https://tinyurl.com/koeplus2024>

[..] die steigenden Wohnkosten sind das Schlüsselthema in der Stadt Salzburg. Die Mieten steigen ebenso wie die Betriebs-, Strom- und Heizkosten. Gleichzeitig machen Investoren und Spekulation Rekord-Gewinne mit dem Wohnen. Während Familien und Alleinstehende, Jüngere und Ältere bei der Wohnungssuche verzweifeln, stehen tausende Wohnungen leer, die als Anlageimmobilien, Festspielwohnungen oder für AirBnB & Co. zweckentfremdet werden. Die etablierten Parteien ÖVP, SPÖ, Grüne und FPÖ haben zwar vor der letzten Wahl versprochen, die Wohnungskrise anzugehen. Nach der Wahl sind aber viele Versprechen wieder unter den Tisch gefallen. Auch bei den fehlenden Kinderbetreuungsplätzen und dem schlechten Obus-Takt muss die Bevölkerung das Versagen der Stadtpolitik ausbaden.

[...]

Bei der KPÖ PLUS **leben wir, was wir sagen**: Wir **geben den Teil unserer Politikergehälter ab**, der über einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn liegt, um Menschen in Notlagen zu unterstützen. In unseren Sprechstunden zu Wohnen & Soziales erfahren wir, wo der Schuh drückt und wo es politische Lösungen braucht.

An der letzten Gemeinderatswahl 2019 hat weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten teilgenommen. In dicht bewohnten Stadtteilen war die Wahlbeteiligung oft nur bei einem Drittel. Den etablierten Parteien, die viele Menschen enttäuscht haben, war das kaum die Rede wert: Sie würden sogar wenn nur mehr jeder Zehnte wählen geht 100 Prozent der Mandate und Parteienförderung bekommen. Das muss sich ändern.

Ich lade Sie ein, Ihr Stimmrecht zu nutzen und dieses Mal **anders zu wählen, damit sich etwas zum Besseren ändert**.

WOHNEN

Die steigenden Wohnkosten sind das Schlüsselthema in der Stadt Salzburg. Die teuren Mieten bringen immer mehr Menschen an ihre Grenzen: Wer in der Stadt zur Miete wohnt, muss im Durchschnitt bereits das halbe Haushaltseinkommen nur für das Wohnen zahlen. Eine aktuelle Studie der Arbeiterkammer zeigt, wie die Wohnungskrise alle Bereiche des täglichen Lebens belastet. Menschen müssen wegziehen, die Pendler-Lawine wächst, Betriebe finden keine Arbeitskräfte und die Haushalte verlieren Kaufkraft, weil ein Großteil der Einkommen fürs Wohnen draufgeht.

Während immer mehr Menschen bei der Wohnungssuche verzweifeln, stehen bis zu 10.000 Wohnungen ungenutzt leer, werden als Zweitwohnsitze oder „Festspielwohnungen“ zweckentfremdet, minder genutzt oder auf AirBnB & Co. vermarktet. Die wachsende Belastung durch Wohnkosten ist eine Seite der Medaille - die Profite von Investoren, Immobilienfirmen und Spekulanten die andere. Das Grundrecht Wohnen wird zur Ware gemacht, mit denen einige Wenige ein Riesengeschäft machen.

Wohnen darf nicht arm machen.

Unsere Vision: Leisbtares und gutes Wohnen sollte für alle Salzburgerinnen und Salzburger Wirklichkeit sein. Niemand soll mehr als ein Drittel des Einkommens für das Wohnen zahlen müssen. Der Schlüssel ist mehr gemeinnütziger Wohnbau durch Stadt, Land und Genossenschaften, der nicht der Gewinnmaximierung dient, sondern der Grundversorgung der breiten Mehrheit.

SOZIALES UND ZUSAMMENLEBEN

In kaum einer österreichischen Stadt wird Reichtum so provokant zur Schau gestellt wie in Salzburg. Salzburg weist eine Rekorddichte an Stiftungen auf, gilt als “Top-Destination” für Vermögende und “Reich und Schön” schnappen sich “Festspielwohnungen”, die fast das ganze Jahr über leer stehen. Für Prestigeprojekte lässt die Politik Unsummen an öffentlichen Geldern fließen - z.B. bei der millionenschweren Erweiterung der Festspielstätten -, während kein Geld da ist, um die stadteigenen Wohnungen zu sanieren. Hier stimmt die Balance schon lange nicht mehr.

KPÖ PLUS tritt für eine Stadt ein, in der niemand im Stich gelassen wird. Salzburg kann eine Stadt sein, in der die Menschen unabhängig von ihrem Einkommen selbstbewusst und gemeinschaftlich leben. Stellen Sie sich vor, es gäbe in jedem Stadtteil Einrichtungen für selbstorganisierte Veranstaltungen, Diskussionsmöglichkeiten und Zweigstellen der Stadtbibliothek, wo in Ruhe geschmökert oder Zeitung gelesen werden kann. Oder in der ganzen Stadt Tische und Bänke, die zum Lernen oder Jausnen da sind. Was würde es bedeuten, wenn man ohne Blick in die Geldtasche die Frei- und Hallenbäder benutzen könnte oder entlang der Salzach Grillplätze für Treffen mit Freund:innen vorfinden würde? Wenn auch zwischen dicht bebauten Vierteln Grünflächen angelegt wären, die zum Spazieren einladen und Spielmöglichkeiten bieten? Wäre es nicht viel entspannter, nicht lange nach öffentlichen Toiletten suchen zu müssen, am Bahnhofsvorplatz Sitzgelegenheiten vorzufinden oder einfach einmal die Vögel über den Dächern, statt den Autolärm in den Straßen zu hören?

Salzburg kann eine Stadt für alle werden. Eine Stadt, die Menschen nicht von öffentlichen Plätzen verdrängt, die Menschen in Not unterstützt, anstatt sie zu drangsaliieren, die 100% barrierefrei für alle ihre Bewohner:innen ist.

BILDUNG

In Österreich und so auch in Salzburg ist Bildung mehr als in anderen Ländern vom Geldbörstel und dem Bildungsabschluss der Eltern abhängig. Viele Probleme in Schule und Bildung resultieren aus jahrelangen Versäumnissen der Politik. Die KPÖ PLUS steht für Bildungsgerechtigkeit, damit allen Kindern und Jugendlichen der Weg zu guter Bildung und somit einem besseren Leben offen steht. Besonders wichtig dafür sind Ganztagesangebote, Unterstützungspersonal wie Schulsozialarbeiter:innen und Schulpsycholog:innen an allen Schulformen und mehr Mittel für den Erhalt öffentlicher Schulen.

Bildung fängt schon im frühesten Alter an. Auch bei der Kinderbetreuung und in den Kindergärten ist die Stadt daher gefragt, allen Eltern und Kindern ein gutes Angebot bieten zu können. Dafür braucht es vor allem mehr öffentliche und leistbare Betreuungsplätze für Unter-3-Jährige. Das hilft vor allem Frauen, die auch heute noch einen Großteil der Betreuungsarbeit leisten.

Neues Lernen in jedem Alter

Lernen und Sich-Weiterbildung hört nicht mit der Schule auf. Salzburg ist eine Universitäts-, , aber noch keine lebendige Studierenden-Stadt. Auch bei der Erwachsenenbildung ist noch viel Luft nach oben.

ARBEIT

Die Stadt ist zwar für viele arbeitsrechtliche Fragen nicht zuständig, doch sie ist eine große Arbeitgeberin, auch weil sie an vielen Unternehmen direkt oder indirekt beteiligt ist. Oft begnügt sich die Stadt aber mit der Rolle als Gesellschafterin oder Aktionärin – solange die Gewinnausschüttung stimmt. Sie reiht sich ein in ein System aus Arbeitsdruck und Ausbeutung.

Wir lehnen die Privatisierung und Ausgliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge ab. Wasser, Energie, Abfallwirtschaft, Reinigung öffentlicher Gebäude, Parkraumüberwachung, Verkehr, Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung gehören in öffentliche Hand. Ausgliederungen schaden den Beschäftigten, die sich oft in prekären Arbeitsbedingungen wiederfinden. Privatisierungen sind Diebstahl am öffentlichen Eigentum, die wir ebenso ablehnen wie Public-Private-Partnerships, die den Firmen die Profite und der Allgemeinheit die Kosten bringen.

Gute Arbeit, schönes Leben

Die Stadt Salzburg kann mit guten Arbeitsbedingungen reale Verbesserungen erreichen. Sie kann in ausgewählten Betrieben und Abteilungen die Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche reduzieren – bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Die Stadt muss sich für eine Arbeitszeitverkürzung, mehr Personal und ausreichende Ruhezeiten und Betreuung für Mitarbeiter:innen im Pflegebereich einsetzen. Bei öffentlichen Aufträgen sollen Unternehmen, die bessere Arbeitsbedingungen bieten, bevorzugt werden.

WIRTSCHAFT UND TOURISMUS

Salzburg ist eine Tourismus-Hochburg. Jahr für Jahr kommen Millionen von Menschen in unsere Stadt. Der Tourismus boomt, aber der Stadtpolitik fehlt eine Strategie, wie es damit weitergehen soll. Tagestourist:innen, die mit dem Auto am liebsten bis mitten in die Altstadt fahren würden, tragen regelmäßig zum Stau-Chaos in Salzburg bei. Es braucht eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber, wie die Zukunft des Tourismus in der Stadt Salzburg aussehen soll und wie auch mehr Angebote für Einheimische geben kann.

Gleichzeitig ist die Salzburger Wirtschaft durch die hohen Wohnkosten bedroht. Menschen müssen wegziehen, Betriebe finden keine Arbeitskräfte und die Menschen verlieren Kaufkraft, weil der Großteil fürs Wohnen draufgeht. Leistbares Wohnen zu schaffen heißt auch, die Salzburger Wirtschaft zu stärken

DEMOKRATIE UND ANTIFASCHISMUS

Nicht nur teures Wohnen und zahllose Autos überrollen die Stadt. Auch die Stadtpolitiker:innen nehmen keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Salzburger:innen. Bei Bauvorhaben wie der Mönchsberggarage oder dem S-Link müssen Bürger:innen ihr Mitspracherecht gegen hartnäckigsten Widerstand von Bürgermeister & Co erkämpfen, sündteure Prestigeprojekte wie die Sanierung der Festspielhäuser werden überhaupt ohne große Diskussion durchgesetzt. Gegenstimmen bleiben ungehört.

Viele, die in Salzburg leben, arbeiten und Steuern zahlen, dürfen überhaupt nicht wählen oder bei den eigenen Anliegen mitentscheiden. Dabei wüssten die Salzburger:innen vor Ort oft selbst am besten, was die Probleme sind und wie sie gelöst werden können: Wie der Stadtteil belebt werden

Auszug aus https://www.kpoeplus-sbg.at/programm_2024 und <https://tinyurl.com/koeplus2024>

kann, wo ein Radweg errichtet werden muss und welche Anliegen es in der Nachbarschaft gibt. Stadtpolitik und -verwaltung sind aber zu weit weg von den Bürger:innen. Das ist kein Wunder: Die Polit-Gehälter sind in Salzburg so hoch, dass vielen Politiker:innen der Bezug zu den alltäglichen Sorgen der Salzburger:innen fehlt. Viele Menschen leiden unter Stau und dem knappen leistbaren Wohnraum. Obwohl die Stadt nach Norden hin in die Umlandgemeinden wächst, sorgt sich die Politik dort nicht um eine gemeinsame Planung, die allen zugutekommt.

Demokratisch – offen – solidarisch

Menschen können viele Probleme in ihrem Stadtteil gemeinsam und demokratisch regeln. Auf Stadtteilversammlungen kann über Wünsche und Vorschläge diskutiert werden. Unser Leben hängt von gemeinsamen Entscheidungen ab. Daher treten wir für die Eingemeindung der umliegenden Gemeinden Salzburgs ein und fordern eine Senkung der Politiker:innen Gehälter auf die Höhe von Facharbeiter:innen-Löhnen.

Wir treten entschieden gegen Rassismus, Antisemitismus und Hetze auf – in der Politik ebenso wie im eigenen Alltag. Antifaschismus bedeutet für uns, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, aber auch an den Widerstand aufrechtzuerhalten.